

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 04/2026

Bundeshaushalt 2027: VDP warnt vor Kürzungen bei Integration und Weiterbildung

Berlin, 11. September 2026 – Die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2027 haben begonnen. Für Integrationskurse sind im Haushaltsentwurf rund 590 Millionen Euro vorgesehen. Der Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) kritisiert die zu geringe Mittelausstattung. Angesichts des weiterhin hohen Sprachförderbedarfs reichen die vorgesehenen Mittel aus Sicht des VDP nicht aus. Auch die geplanten Kürzungen bei Weiterbildung und Lebenslangem Lernen sieht der Verband kritisch.

Integrationskurse schaffen wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und den Bildungs- und Berufsweg. Eine unzureichende Mittelausstattung würde bestehende Engpässe weiter verschärfen.

„Zugangsbeschränkungen und begrenzte Kapazitäten zeigen, dass eine bedarfsgerechte Finanzierung der Integrationskurse weiterhin notwendig ist. Wer die Mittel kürzt, riskiert längere Wartezeiten und weniger verfügbare Kursplätze“, erklärt Dr. Florian Huber, kommissarischer Präsident des VDP. „Wenn Menschen länger auf einen Kursplatz warten müssen, verzögern sich auch weitere Schritte auf ihrem Bildungs- und Berufsweg. Für erfolgreiche Integration braucht es deshalb ausreichende und verlässlich finanzierte Kurskapazitäten.“

Gleichzeitig benötigen die Kursträger verlässliche Rahmenbedingungen, um die erforderlichen Kapazitäten vorzuhalten. „Kursangebote, qualifiziertes Personal und geeignete Räume lassen sich nicht beliebig kurzfristig auf- und abbauen“, betont Ellen Jacob, Bundesgeschäftsführerin des VDP. „Wer Integration fördern will, muss den Zugang zu Integrationskursen sicherstellen. Eine verlässliche Finanzierung ist deshalb entscheidend, um ausreichend Kursplätze bereitzustellen, Wartezeiten zu verkürzen und Menschen möglichst früh gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu ermöglichen.“

Weiterbildung: Kürzungen setzen das falsche Signal

Auch bei der Weiterbildung sieht der VDP Nachbesserungsbedarf. Der Haushaltsansatz für „Weiterbildung und Lebenslanges Lernen“ soll gegenüber 2026 um rund zehn Prozent sinken. Zugleich ist für den im Koalitionsvertrag angekündigten Digitalpakt Weiterbildung bislang keine aus Sicht des VDP ausreichende Finanzierung erkennbar. Der im Koalitionsvertrag angekündigte Digitalpakt Weiterbildung darf damit nicht bei einer politischen Ankündigung bleiben. Die Bundesregierung muss im laufenden Haushaltsverfahren die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung schaffen und konkret darlegen, wie und mit welchen Mitteln sie ihr Vorhaben umsetzen will. „Weiterbildung zu stärken und gleichzeitig die Mittel zu kürzen, passt nicht

zusammen“, erklärt Huber. „Weiterbildung ist entscheidend, damit Menschen mit den Veränderungen in der Arbeitswelt Schritt halten und ihre beruflichen Chancen sichern können. Gerade mit Blick auf den Fachkräftebedarf darf der Bund hier nicht kürzen.“

Der VDP fordert den Deutschen Bundestag auf, die Ansätze für Integration und Weiterbildung im weiteren Haushaltsverfahren zu korrigieren. Für die Integrationskurse sind aus Sicht des Verbandes 2027 mindestens 900 Millionen Euro erforderlich. Auch die vorgesehenen Kürzungen bei Weiterbildung und lebenslangem Lernen sollten zurückgenommen werden. Für den angekündigten Digitalpakt Weiterbildung muss eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden. Die Förderung sollte Weiterbildungsträger bei der digitalen Ausstattung und Infrastruktur sowie bei der Entwicklung digitaler Lehr- und Lernangebote unterstützen und verlässliche Planungssicherheit schaffen.

„Die Haushaltsberatungen bieten die Chance, jetzt nachzusteuern“, so Huber. „Wer Integration und Weiterbildung stärken will, muss auch die notwendigen Mittel dafür bereitstellen.“

Pressekontakt:

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Lisa Maria Klinkert

klinkert@privatschulen.de

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Weitere Informationen finden Sie unter: www.privatschulen.de